Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 3. I. BAND 20. Oktober 1915.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf., 50 Heller.

Vierteljährlich: M. 3,50, 4 K. 50 Heller.

BERLIN

Kommissionsverlag von

Karl Curtius, Berlin W. 35.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Preis:

Vierteljährlich: M. 3,50, 4 K. 50 Heller

Einzelheft: 40 Pfennig, 50 Heller.

Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:
W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28
Fernspr.: Steinplatz 9923.
Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Einsendungen, welche den Abonnements-, Versand- und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, sind zu richten: an die Verlagsbuchhandlung Karl Curtius, Berlin W. 35.

Im Verlage von Karl Curtius in Berlin W. 35 ist erschienen:

Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich

von **W. Feldman.**

Inhaltsverzeichnis:

Seite

I. Der Sinn des Krieges 7
II. Das Aufleben des polnischen Problems . 14
III. Deutsche Befürchtungen 27
IV. Die Ukrainer 39
V. Die Judenfrage 48
VI. Um die gemeinsame Sache 62

Preis 1,20 Mk.

No. 3 20. Oktober 1915.

POLNISCHE BLÄTTER

Das Beispiel Bulgariens.

Den älteren Lemberger Polen wird unvergesslich ein Herbsttag 1886 bleiben, als in der Stadt das Gerücht auftauchte, dass der erste Bulgarenfürst Alexander von Battenberg, der Sieger von Sliwnitza, dessen meuchlerische Vertreibung aus Sofia durch eine von den Russen angezettelte Palastrevolution alle Welt aufgebracht hatte, in die Hauptstadt Galiziens eingekehrt war. Vor dem Europäischen Hotel sammelten sich fortwährend Menschenmengen, die den heldenmütigen Fürsten lebhaft akklamierten; der Sprecher einer Deputation der Bürgerschaft feierte ihn in einer schwungvollen Rede als einen Verfechter des Rechts und der Kultur gegen die russische Eroberungssucht und Roheit; der Fürst, in dessen Adern polnisches Blut floss, dankte dem Publikum vom Balkon herab in polnischer Sprache; als er abreisen sollte, hatte sich am Hauptbahnhof eine solche Masse Menschen eingefunden, dass die Polizei — um den gewaltigen antirussischen Demonstrationen vorzubeugen — den Zug des Fürsten nach einer anderen Abfahrtstelle dirigieren musste.

Der weitere Verlauf der Geschichte ist gut bekannt. Russland hat ja Bulgarien b e f r e i t, das Blut russischer Soldaten hat ja bulgarischen Boden befruchtet und die Dankbarkeit der Bulgaren war ja so hoch, wie der Schipkapass, den der Peiniger Polens, General Hurko, überschritten hatte. Ja, Russland hat zur Befreiung des „slavischen Brudervolkes" mitgeholfen, aber sofort nach der Befreiung — einen seiner Generäle, Kaulbars, an die Spitze des Landes gestellt, die ganze Armee in seine Hände genommen, die russische Sprache in allen Schulen eingeführt. Und als der legitime Lan-

desfürst sich zu emanzipieren suchte — wurde er durch bezahlte Petersburger Agenten aus dem Lande vertrieben.

Es entstand eine kleine, aber mächtige patriotische Bewegung unter der starken Leitung Stambulows. Die Dankbarkeit für Russland war trotzdem gross. Der neue Landesfürst hat sich ihr nicht entziehen wollen und entziehen können. Wir wissen wohl, welche Opfer er dem Willen des Petersburger Zaren brachte. Hatte er doch solche Beispiele vor Augen, wie die grausame Ermordung Stambulows durch russische Schergen. Ja, Ferdinand von Bulgarien wandte wahrlich alle Mittel an, die einem vorsichtigen und besorgten Diplomaten zur Verfügung stehen, um mit Russland auf gutem Fuss zu bleiben. Und dennoch! Die Stunde ist gekommen, da er das Schwert ziehen muss — gegen Russlands Willen, gegen Russlands Helfershelfer, gegen Russland selbst. Und heutzutage gibt es wahrscheinlich keinen verständigen Menschen in Bulgarien, der „Dankbarkeit" gegen Russland empfände. Die Erfahrung hat den Leuten klargemacht, welche Rolle Russland auch als Befreier spielt. Der letzte bulgarische Bauer weiss heutzutage, dass Russland kein Gefühl für fremde Freiheit hat, dass ihm die „Unabhängigkeit" der befreiten Völker höchstens ein Uebergangsstadium ist, wie das Bulgarenland ein Uebergangsland — nach Konstantinopel sein sollte.

* * *

Wir erinnern daran, um auf die Zukunft Polens anzuspielen.

Wir werden oft gefragt: welche Garantie bietet ihr uns dafür, dass ihr nicht an der Seite Russlands Platz nehmen werdet?

Ut exemplum docet. Unsere Garantie ist in unseren Interessen und in der Natur Russlands enthalten.

So wie die Bulgaren, möchten die Polen ihre staatliche Freiheit nicht nur feiern, sondern auch bewahren. So wie die Bulgaren möchten sie Herren ihres Landes

zu Hause sein, und nach aussen mit denjenigen Mächten zusammengehen, welche ihnen ihre nationale und wirtschaftliche Entwicklung wirklich ermöglichen. Das ist aber mit der Natur Russlands unvereinbar. Das hat auch Russland zugestanden, als es in der grössten Aufwallung seiner slavischen Gefühle, d. i. in der grössten Not — Polen eine Autonomie zusagte. Eine Autonomie — nicht Wiederherstellung der Staatsidee. Es ist leicht zu begreifen, wie diese Autonomie von einem erstarkten Russland respektiert würde, wenn man bedenkt, wie die Unabhängigkeit Bulgariens behandelt wurde. Bulgarien war für Russland das Ausfallstor nach Konstantinopel — Polen ist für Russland das Ausfallstor in das Zentrum Europas. Ohne Bulgarien kein Zugang zum Mittelmeer, ohne Polen kein Zugang ins eigentliche Europa. Ohne beide ist Russland auf sein ethnographisches Besitztum und auf Teile Asiens angewiesen. Bulgarien war schon mindestens administrativ in den Händen Russlands, und die Tschinowniks betrachten es daher als ihr Land; Polen war ein Jahrhundert an Russland angekettet, Ostgalizien, das Gouv. Chelm, ein Teil des Lubliner Gouvernements etc. betrachteten die Russen seit Jahrhunderten als „echt russische“ Länder und werden nie auf dieselben verzichten. Polen müsste eine ungeheure Amputation seiner eigenen Glieder vornehmen, sollte es Russland halbwegs befriedigen, und auch dann wäre die ewige Hab- und Eroberungssucht Russlands nicht recht befriedigt. Der Antagonismus zwischen Polen und Russland ist unüberbrückbar. Aber daraus folgt für Polen die Notwendigkeit — des Anschlusses an die Zentralmächte.

* * *

Dreissig Jahre haben die Bulgaren gebraucht, um sich gründlich zu überzeugen, was hinter der „Befreiungs“-Taktik Russlands lauert. Der Gegensatz zwischen Polen und Russland ist so stark, dass die überwiegende Mehrheit der Polen entweder sich dessen

schon genügend bewusst ist, oder nur einer entsprechenden Atmosphäre bedarf, um sich davon zu überzeugen. Indem die Polen ihre Freiheit erhalten, werden sie wissen, wer ihr Freund und wer ihr Feind ist, wofür sie kämpfen, um wessen Bundesgenossenschaft sie sorgen müssen.

Deutsche und Polen.

Sehr geehrte Herren!

Sie fordern mich auf, durch Beisteuerung eines Beitrags für Ihre „Polnischen Blätter“ zur Erreichung Ihres Zieles beizutragen, als welches Sie in Ihrem Briefe die Verständigung zwischen Deutschen und Polen bezeichnen. Das ist ein hohes Ziel, eine sehr wichtige Aufgabe für die Deutschen und wohl die wichtigste für die Polen. Ich wünschte, ich wäre noch jung genug, um mit frischer Kraft an dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Aber meine hohen Jahre verlangen ein sparsames Haushalten mit den Kräften, die mir noch verblieben sind. Ich muss diese für die grossen Veröffentlichungen zusammenhalten, die ich noch vorhabe, und kann darum Ihren Wunsch nur in der Form eines kurzen Briefes erfüllen und Ihnen anheimgeben, ob Sie ihn veröffentlichen wollen.

Dieser furchtbare Krieg um unser Dasein, den uns Deutschen unsere Feinde aufgenötigt haben, hat auch dazu geführt, dass unsere tapferen Heere den grössten Teil des polnischen Volkes, der unter russischer Herrschaft stand, von dieser Herrschaft befreiten. Ich möchte doch glauben, dass die Polen immer von dieser Tatsache werden ausgehen müssen, wenn sie für eine Verständigung mit den Deutschen die richtige Linie finden wollen. Damit will ich nicht sagen, dass sie nunmehr in ewiger Dankbarkeit überall auf jede freie Lebensbetätigung verzichten müssten. Wollte man dies den Polen ansinnen, dann könnten sie mit Recht behaupten, soviel Freiheit hätten sie unter russischer Herrschaft

auch gehabt und von einer Befreiung könnte in diesem Falle nicht mehr die Rede sein. Soweit können also die deutschen Erwartungen nicht gehen. Wohl aber scheint es mir hauptsächlich zwei Voraussetzungen für eine dauernde Verständigung zwischen Deutschen und Polen zu geben, bei deren Erfüllung alle zukünftigen Reibungen immer nur eine untergeordnete Bedeutung erlangen können.

Die eine Voraussetzung besteht darin, dass die Polen in ihrem ganzen Verhalten in Wort und Tat den Deutschen die Überzeugung beibringen, dass in aller Zukunft ihre kulturelle und politische Front nach Osten gewandt sein wird, dass die Deutschen niemals zu befürchten haben, die Polen könnten jemals mit dem östlichen Nachbarn zusammen Stellung gegen Deutschland nehmen Eine russisch gesinnte Partei unter den Polen dürfte niemals zum Dasein gelangen dürfen. Die Ansicht, dass die Polen zu Westeuropa gehörten und von Natur Feinde des landhungrigen Moskowitertums wären, hat ja von jeher weite Verbreitung unter den Polen gehabt. Es würde also gelten, dieser Ansicht zu einem vollkommenen Siege bei den Polen zu verhelfen. Für diese Entscheidung ist der Augenblick gekommen. Fällt sie nicht ganz klar und unzweideutig, dann hört für Deutschland das ernste politische Interesse für die Freiheit der Polen von der russischen Herrschaft auf, nur sentimentale deutsche Schwärmer werden sich dann noch dafür erwärmen.

Diese Voraussetzung für eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen ist die ernsteste und grösste. Die zweite ist daneben sachlich von geringerer Bedeutung, trotzdem aber vielleicht schwerer für einen Teil der Polen zu erfüllen, weil hier schon andere Ideen sich eingewurzelt, in Ueberlieferungen und Organisationen sich festgesetzt haben: Deutschland muss eine Gewähr dafür haben, dass die Schwierigkeiten aufhören, die es in seinen bisherigen Grenzen seitens der dort ansässigen Polen gefunden hat. Die bisherige preussisch-deutsche

Grenze gegenüber Russisch-Polen bedeutet ja das Mindestmass an Gebiet, das aus Gründen der politischen Geographie Deutschland für sich in Anspruch nehmen muss, um sich in seinem Dasein nach Osten zu behaupten, wenn es dabei auf seine deutschen Kernlande in Schlesien und Ost- und Westpreussen nicht verzichten wollte. Ein Blick auf die Karte lehrt, wie gewunden diese Linie ohnehin schon ist, was für enge Hälse, was für schmale Zipfel sie entstehen lässt. Der Krieg hat sogar deutlich gezeigt, dass diese Linie eine Verteidigung nur mit schweren Opfern und nur ohne rechte Sicherheit gestattet. Bringt nun diese Linie eine nicht unbeträchtliche Zahl von polnischen Einwohnern in das Reich, dann wird auf eine wirklich dauernde Verständigung zwischen Deutschen und Polen nur zu rechnen sein, wenn diese Polen in Deutschland nicht nur loyale, sondern überzeugte und aufrichtig patriotische deutsche Staatsbürger sind. Loyalität kann eine kühle Sache sein, die nur mit Mühe so eben gerade die Form erfüllt, aber kein Herz und keine Liebe hat, im Grunde die andere Art festhält oder gar betont. Wollen die deutschen Polen sich nicht darauf beschränken, nur als Privatleute Polen zu sein, wollen sie nicht darauf verzichten, sich in Organisationen politischer und wirtschaftlicher Art abzuschliessen und den Deutschen gegenüberzustellen, dann wird bei den Deutschen als Gesamtheit auch die Neigung zu einer Verständigung keinen Raum gewinnen können, dann wird jede pflichtbewusste deutsche Regierung sich immer nach Mitteln zur Abwehr umsehen müssen. Denn alles öffentliche und quasi-öffentliche Leben in Deutschland kann eben nur deutsch sein, für nationalitätenstaatliche Ideen ist innerhalb des deutschen Reiches kein Raum, weil das Reich ohnehin nur den Kern der deutschen Welt umfasst, deutsche Stammesgenossen genug ausserhalb seiner Grenzen lässt.

Auch diese zweite Voraussetzung müssen meines Erachtens die Polen erfüllen, wollen sie bei ganz Deutsch-

land Verständnis für ihre Ziele jenseits der Grenze finden, sonst wird ein stilles Misstrauen auf deutscher Seite nicht zu beseitigen sein. Vielleicht, dass die Zukunft sich so gestaltet, dass diejenigen Polen in Deutschland, denen die Erfüllung dieser zweiten Voraussetzung für sie persönlich zu schwer erscheint, ein polnisches Gebiet ausserhalb Deutschlands finden, an dem sie sich auf die Erfüllung der ersteren beschränken können. Vielleicht auch, dass alle deutschen Polen in diesem Riesenkampfe die gewaltige Stärke Deutschlands so klar erkennen, dass ihnen der Verzicht auf liebgewordene Gedanken von früherher leichter und schmerzloser wird.

Ich wünschte jedenfalls, dass eine klare Einsicht in die Voraussetzungen für eine dauernde Verständigung zwischen Deutschen und Polen sich in beiden Völkern umfassend verbreitete, damit sie erspriesslich neben einander wirken können, nicht gegen einander auf der Lauer liegen. Heimliche Vorbehalte wären nur der Keim zu neuen Enttäuschungen, der Anfang von neuen Kämpfen*). Gustav Schmoller.

Oesterreichisches Verwaltungsgebiet.

Bekanntlich befindet sich unter österreichisch-ungarischer Verwaltung mehr als ein Drittel des Königreiches Polen, nämlich die Gouvernements Kielce, Piotrków (Petrikau), Radom, Lublin. Zum Generalgouverneur dieses okkupierten Gebietes wurde Generalmajor Freiherr von Diller ernannt.

Exzellenz von Diller, der Bevölkerung aus den Zeiten bekannt, als er an der Spitze der Gubernialbehörde in Miechow und Kielce stand, erliess an die Bevölkerung folgenden Aufruf:

Durch die Gnade Sr. Majestät meines durchlauchtigsten Herrn zum Chef der unter österreichisch-ungarischer Militärverwaltung

---

*) Wir kommen noch auf die bedeutenden Ausführungen Sr. Exzellenz, des geehrten Verfassers zurück; einstweilen verweisen wir auf unsere diesbezüglichen Erörterungen: auf den Aufsatz des Herrn Abg v Srokowski in Nr 1 unserer Zeitschrift, und auf die Broschüre „Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich" von W. Feldman (Berlin, Verlag Karl Curtius) — Anm. d Red.

stehenden Gebiete berufen, begrüsse ich Sie wärmstens, und ich bin aufrichtig überzeugt, dass Sie sich des grossen historischen Moments, in welchem sich das künftige Schicksal Ihres Landes entscheidet, würdig erweisen werden.

Die heldenmütigen Truppen der erhabenen verbündeten Monarchen haben in ihrem unaufhaltsamen Siegeszuge Ihr Land von der Russenherrschaft befreit.

Warschau, Lublin, Wilna, Cholm und alle anderen geschichtlichen Stätten Ihrer alten Kultur befinden sich im Besitze der Verbündeten. Wenn wir auch ferner — wie wir Gott demutsvoll bitten — vom Kriegsglück begünstigt sein werden, wird für Sie und Ihr Heimatland eine neue Aera der freien nationalen Entwicklung und des allseitigen Fortschrittes heranbrechen.

Die siegreichen österreichisch-ungarischen Truppen sind zu Ihnen als Freunde und Verteidiger, als Erlöser von schweren Leiden, als Verfechter des Ihnen von Ihren Vätern vermachten Glaubens, als Verkünder einer besseren Zukunft gekommen.

Ihr Gedeihen und Wohl liegen uns am Herzen, und es wird meine schönste Aufgabe sein, Ihnen unwiderlegliche Beweise unserer warmen Fürsorge und unseres freundlichen Empfindens zu liefern.

In Ihrer Macht liegt es, mich in meinem auf Ihre Entwicklung gerichteten Bestrebungen durch Ihre tatkräftige Mitwirkung zu unterstützen.

Dies hängt von Ihnen selbst ab, und Sie werden zur gemeinsamen Arbeit am Aufblühen Ihres Heimatlandes berufen werden.

Mit Gottes Hilfe wird es uns gelingen, durch unser Zusammenwirken dieses Ziel zu erreichen.

Kielce, im September 1915. Der k. k. Militärgouverneur
Erich Freiherr v. Diller, Generalmajor.

Zum Leiter der Zivilverwaltung wurde daselbst der Lemberger Statthaltereirat Dr. Georg Graf Wodzicki ernannt; ihm unterstehen: sein Stellvertreter, der Statthaltereirat aus Lemberg Herr Karhezy, der Schulreferent Womela und der Lemberger Schulinspektor Dr. Maryan Reiter, der Referent für Handel und Industrie Dr. Smoluchowski, der Chef des Sicherheitsdienstes Dr. Krzyżanowski.

In einem Gespräche mit dem Vertreter des in Piotrków erscheinenden „Dziennik Narodowy" (Nationales Tageblatt), äusserte sich Exzellenz v. Diller — der die polnische Sprache vollkommen beherrscht — folgendermassen:

In erster Reihe ist die Aufgabe der k. u. k. Militärverwaltung auf die wirtschaftliche Hebung des Landes gerichtet. Der Wiederaufbau der zerstörten Landesteile erscheint als ein Gebot der Notwendigkeit und in dieser Hinsicht wird die Militärverwaltung weder Mühe noch Kosten scheuen. Das zum Wiederaufbau nötige Holz wird der Bevölkerung unentgeltlich geliefert werden. Die Behörde

rechnet auf die eifrige Mitwirkung der polnischen Bezirkskomitees, nimmt gerne ihre Anträge entgegen und hat nichts dagegen, dass sie sich miteinander verständigen, und ihre Tätigkeit zentralisieren.

Eine intensive Tätigkeit steht auch auf dem Gebiete des Kommunikationswesens bevor. Sämtliche verwahrlosten und verwüsteten Strassen und Wege werden bereits rekonstruiert, es werden aber auch dort, wo es erforderlich ist, neue Strassen angelegt, was zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht unwesentlich beitragen dürfte. Die Bahnlinien in den okkupierten Gebieten Polens sind fast ausnahmslos wieder betriebsfähig. Das Bahnnetz wird aber auch durch neue Bahnlinien ausgebaut werden. Die früheren Kreditinstitute sollen reaktiviert und überdies neue Anstalten, darunter auch Filialen der österreichisch-ungarischen Bank geschaffen werden. Die Militärverwaltung ist bestrebt, den Kontakt mit den Warschauer Zentralinstituten zu erleichtern, welchen es freistehen wird, Zweigniederlassungen in dem von Oesterreich-Ungarn besetzten Gebiete zu errichten. Den wirtschaftlichen und kulturellen Instituten von Warschau werden hinsichtlich ihrer Verpflanzung in die unter österreichisch-ungarischer Verwaltung stehenden Landesteile keine Hindernisse in den Weg gelegt werden

Der polnischen Bevölkerung im Königreiche Polen bringt das österreichisch-ungarische Gouvernement, für welches das Königreich Polen keineswegs Feindesland ist, das volle Vertrauen entgegen. Diese Bevölkerung liefert uns zahlreiche Beweise ihrer Zuneigung und sie erblickt in uns ihre Freunde. Das Wohlergehen der polnischen Bevölkerung liegt uns am Herzen und wir sehen es als unsere Pflicht an, auf ihre günstige Entwicklung Bedacht zu nehmen, zumal sie uns vertrauensvoll entgegenkommt. Wir verlangen übrigens von ihr nichts, was etwa über die wohlwollende Neutralität hinausgeht. Irgendwelche Gefühle zu erzwingen, würde mit der Würde des österreichisch-ungarischen Staates kaum im Einklange stehen. Russophile Gesinnung ist bei der Bevölkerung im Okkupationsgebiete nicht konstatiert worden, wohl aber eine gewisse Zurückhaltung die von der Furcht, die Russen könnten zurückkehren, diktiert war. Nachdem aber die Russen aus Polen vertrieben wurden, weicht die Reserve einer vertrauensvollen und einwandfreien Haltung. Es sind nirgends Ruhestörungen oder Exzesse vorgekommen. Im Gegenteil, es tritt die Neigung zu einem Zusammenwirken derart zutage, dass sich von selbst der Plan einer Heranziehung der Gesellschaft zur Selbstverwaltung und Mitberatung an den sie berührenden Angelegenheiten aufwirft.

Herr Oberst Hausner, Generalstabschef des Generalgouverneurs, erteilte Bescheid über manche militärische Verwaltungsmassregeln. Die Russen haben bekanntlich das Gouvernement Chelm aus Polen ausgeschaltet: diese Entscheidung wird von der k. u. k. Regierung nicht anerkannt; bei der Neuordnung der Bezirke werden die vor

der Ausschaltung bestehenden Grenzen gezogen. Die Statistik der Nationalitäten, die von den Russen so arg gefälscht war, wird einer Revision unterzogen: hier, im Gouv. Chelm, gibt es überhaupt keine Russen; dagegen wohnen in manchen Gegenden Ruthenen. Die russische Sprache wird aus den Schulen und aus dem öffentlichen Leben rücksichtslos ausgeschaltet; in manchen östlichen Ortschaften des Königreiches, wo ein gewisser Prozentsatz Ruthenen sich befindet, werden ihrer Sprache gewisse Rechte eingeräumt. Das Königreich Polen betrachten wir als ein durchaus polnisches Land, die polnische Sprache ist daher im Vollbesitze ihrer Rechte. In Bezug auf die Juden kommen die in Oesterreich herrschenden Grundsätze in Anwendung: in Oesterreich wird eine jüdische Nationalität nicht anerkannt, somit wird hier auch kein Separatismus zugelassen. Eine jüdische Sprache kennen wir nicht, der „Jargon“ kann im öffentlichen Leben nicht in Betracht kommen. Die bestehenden jüdischen Schulen lassen wir fortexistieren; die polnische Sprache wird aber zum obligatorischen Lehrgegenstande. Auch die jüdischen Matrikelämter bedienen sich der polnischen Sprache. Selbstverständlich geniessen die Juden volle Gleichberechtigung. Russophilismus hat Herr Oberst Hausner nicht bemerkt. Die sympathische Stellung der Bevölkerung wird augenscheinlich dadurch hervorgerufen, dass unser Beamtenpersonal durchaus polnisch ist; es herrscht auch zwischen der Behörde und der Bevölkerung das beste Einvernehmen.

Aus dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete wird ferner berichtet:

Am 24. September fand in Lublin die feierliche Eröffnung des polnischen Gerichtshofes statt. Der Vorsitzende eröffnete die Gerichtssitzung mit einer Ansprache und schloss mit dem Glückwunsche: der polnische Gerichtshof in Lublin möge als die nationale Gerichtsstelle für immer gedeihen, zur Vervollkommnung der Gerechtigkeit und zum Segen der Bevölkerung. Nach dem Berichte über die anberaumte Prozessangelegenheit und Parteienvernehmung begrüsste der Staatsanwalt Żychliński in bewegten Worten das Wiederbeleben des polnischen Gerichtshofes in Lublin. Gerade in Lublin stand der polnische Gerichtshof immer auf der Höhe seiner Aufgabe; in der Geschichte wird nur einmal ein ungerechtes Urteil dieses Gerichtshofes angeführt, und zwar im Prozesse einer armen Witwe gegen einen Magnaten. Nachdem der Redner die Geschichte des Verfalles der polnischen Jurisprudenz geschildert, gab er der Hoffnung Ausdruck, dass der neue polnische Gerichtshof die alten Traditionen aufnehmen und fortführen wird, um hierdurch die Dankbarkeit des polnischen Volkes zu erwerben

Die „Gazeta Polska“ teilt aus Piotrków mit: Das Kreiskommando in Piotrków hat dem polnischen Privatgymnasium des Herrn Dąbrowski eine Subvention von 12000 Kr. bewilligt und ihm die

unentgeltliche Benutzung des Gebäudes des früheren russischen Staatsgymnasiums eingeräumt. — Dasselbe Kommando beabsichtigt der Leiterin der 7-klassigen Mädchen-Handelsschule der Frau Trzcińska die unentgeltliche Benutzung des früheren Staatsgymnasiums für Mädchen zu bewilligen. — Auch die städtischen Normalschulen sollen 48000 Kr. jährlichen Zuschuss erhalten. — Das Kreiskommando in Radom eröffnet in den nächsten Tagen ein klassisches Gymnasium mit lateinischem Unterricht von der III. Klasse an. Einstweilen sollen die Klassen I—IV eröffnet werden unter der Leitung des Prof. Stanislaus Niemiec.

In Lublin, wohin der Sitz des Generalgouvernements verlegt wurde, hat jüngst der feierliche Einzug des Verwaltungschefs Generalmajors Freiherrn v. Diller stattgefunden. Baron Diller, der in Begleitung des Zivilkommissärs Grafen Wodzicki eintraf, wurde von seinem Stellvertreter Generalmajor v. Lustig, Kreiskommandanten General Madziary, Oberstleutnant des Generalstabes Hausner und Vertretern sämtlicher Bevölkerungskreise begrüsst. Im grossen Empfangssaale des Radziwiłł-Palais hatten sich der Diözesenverweser P. Kwik mit den Domherren, der protestantische Pastor Schöneich, der Stadtpräsident Kołaczkowski und zahlreiche polnische Notabeln versammelt. Ritter v. Przanowski hiess in herzlichen Worten den Generalgouverneur willkommen, der an die versammelten Honoratioren eine Ansprache richtete, deren Wortlaut durch Maueranschlag in der Form eines Aufrufes an die polnische Bevölkerung bekanntgegeben wurde.

In dem ganzen von Oesterreich-Ungarn okkupierten Gebiete wurde nunmehr das Gerichtswesen neu organisiert. Die Realsteuern (Grund- und Hauszinssteuer) sind pro 1914 abgeschrieben worden. Die Einhebung der Realsteuern für das Jahr 1915 wird erst in einem späteren Zeitpunkte erfolgen.

Litauen und Polen.

Im Jahre 1386 vereinigte sich das Grossfürstentum Litauen mit dem Königreich Polen durch die Heirat des litauischen Herrschers Ladislaus Jagiełło mit der polnischen Königin Jadwiga. Seit dieser Zeit blieben diese beiden Reiche vereinigt, ja, sie befestigten die Bande, die sie zusammenhielten, durch zwei feierliche Akte — in Horodło 1413 und in Lublin 1569 — die aus der anfänglichen Personalunion eine Realunion und dann einen föderativen Staat bildeten.

Während der vier Jahrhunderte des unabhängigen Zusammenlebens von Litauen und der „Korona“ — so nannte man die ursprünglichen polnischen Provinzen — polonisierte sich der litauische und der weissrussische Adel, so wie die Mehrzahl der Bewohner der Städte. Auch auf dem Lande entstanden zahlreiche polnische Inseln, von polnischen Einwanderern oder von polonisiertem s. g. „Kleinadel“ bewohnt. Dieser ganze Prozess war vollständig friedlich und frei von irgendwelchem Zwange; er wurde abgeschlossen schon unter der Russenherrschaft, während einer Periode des Kokettierens der russischen Regierung mit den Polen, zwischen 1801 und 1824.

Als die blutige Unterdrückung des Aufstandes von 1863 kam, versuchte die darauffolgende Schreckensherrschaft des Murawieff wenigstens die äusseren Merkmale des Polentums in Litauen zu verwischen. Und wirklich verschwand die polnische Sprache aus Schule, Amt und Gericht. Die polnischen Zeitungen wurden verboten, sämtliche polnische Druckereien geschlossen. Oberflächliche Beobachter konnten denken, dass der Lebensnerv des Polentums in Litauen zerschnitten sei. Dass dies ein Trugschluss war, bewies das Jahr 1906. Als, dank der Schwächung Russlands durch innere Unruhen, die Polen nur ein Minimum von Bewegungsfreiheit erhielten, bedeckte sich Litauen sofort mit einem Netze von polnischen Schulen und Vereinen, in Wilno — (nebenbei bemerkt, wird die Hauptstadt Litauens auf deutschen Karten stets als Wilna bezeichnet, was die russische Benennung der Stadt bildet; ebenso werden viele Städte in Russisch-Polen russisch genannt, was keine Begründung hat) — entstand mehr als ein Dutzend polnischer Zeitschriften, und alte Kulturstätten blühten wieder auf. Das Polentum war dort keineswegs vernichtet, nur zeitweise gefesselt.

Das Schwert Hindenburgs befreit jetzt Litauen von dem hundertjährigem Joch. Es wäre also Zeit, sich dieses Land näher anzusehen.

Unter Litauen versteht man gewöhnlich folgende vier Gouvernements des s. g. „Westrussland": Kowno, Grodno, Wilno, Minsk. Und in der Tat bildeten diese Provinzen, mit Zurechnung von zwei weissrussischen Gouvernements — Witebsk und Mohilew und abgesehen von gewissen Grenzveränderungen (hauptsächlich im Westen) — das, was den Namen „Grossfürstentum Litauen" trug. Aber in der Wirklichkeit besteht dieser Länderkomplex aus zwei sehr verschiedenen Teilen: dem ethnographischen und dem historischen Litauen.

Das ethnographische Litauen, d. i. die Provinz, wo die Mehrzahl der Bevölkerung — fast ausschliesslich Bauern — litauisch spricht, das sind die Gouvernements Kowno — das alte Samogitien — der westliche Rand des Gouvernements Wilno und der nördliche Teil des zu Kongress-Polen (auch „Königreich Polen" genannt) gehörenden Gouvernements Suwalki. Im übrigen „Litauen" gibt es fast gar keine Litauer — nur im Gouvernement Grodno 3 366 Personen. Die Litauer sind ein harter, arbeitsamer Völkerschlag, von einem ziemlich ausgesprochenem Nationalbewusstsein, das dadurch gefördert wird, dass sich ihre Sprache von fast allen übrigen sehr erheblich unterscheidet (sie gehört der arischen Gruppe an, ist aber nur dem Sanskrit etwas ähnlich), abgesehen von dem Lettischen das dem Litauischen verwandt ist. Die Polen sind in diesem Lande ziemlich dünn gesät. So finden wir im Gouvern. Suwalki, in den Kreisen:

Maryampol	2,9%	Polen
Władysławów. . . .	1,3%	„
Wylkowysk	3,9%	„
In Samogitien:		
Ponjewjesch	7,6%	„
Rossienie	6,5%	„
Szawle	7,3%	„
Telsze	2,8%	„

Die Gesamtzahl der Litauer beläuft sich im ethnogra-

phischen Litauen und Gouv. Suwalki auf 1625871 Personen.

Der Zuwachs der Bevölkerung ist dort sehr klein, da es eine starke Emigration gibt. Alle diese Zahlen entnehmen wir dem „Statistischen Jahrbuche des Königreich Polen für 1914“ und dem Werke „Polen und die polnische Bevölkerung“ von St. Thugutt, beide in Warschau 1915. gedruckt.

Ganz anders sind die Verhältnisse im historischen Litauen. Hier bilden die Mehrzahl der Bevölkerung die Weissrussen, ein weiches Volk, ohne markante Individualität, dem drei verschiedene Religionen mit Leichtigkeit nacheinander gegeben wurden: die Orthodoxie, die römisch katholische „Union“ und seit 1839 wieder die Orthodoxie, und dessen Sprache ein Mittelding zwischen Russisch und Polnisch bildet. Ausser den Weissrussen ist Litauen von Juden bevölkert, von denen weiter unten die Rede sein wird, ferner von einer kleinen Anzahl russischer Beamten und von Polen.

Diese letzteren bilden dort einen viel grösseren Prozentsatz, als im ethnographischen Litauen. So finden wir in den Gouvernements:

Minsk . . 296,647 Polen d. i. 10,3% der Bevölkerung.
Grodno . 333,559 „ 16,9% „
Wilno . . 512,001 „ 26,2% „

Zusammen 1,142,207 oder 16,9% der Gesammtbevölkerung. Dabei ist zu bemerken, dass im Gouv. Grodno drei Kreise in ethnographischer Hinsicht polnisch sind; sie bilden den früheren Bialystoker Kreis, der nach der Teilung an Preussen fiel und dann 1807 von Napoleon den Russen abgetreten wurde. Die Umgebung von Wilno bildet ebenfalls eine grosse ethnographische polnische Insel. Wilno selbst, mit seinen 53,5% Polen, steht fast auf demselben Niveau wie Warschau und im ganzen Gouvernement ist die Zahl der Polen (26,5%) grösser als diejenige der Litauer (13,3%) und der Juden (12,7%) zusammengerechnet.

Das historische Litauen bildet ein natürliches Ko-

relativ von Polen, indem es dessen industrielle und kulturelle Erzeugnisse übernimmt und ihm dafür Rohstoffe liefert. Die Notwendigkeit eines politischen Zusammenlebens dieser zwei Provinzen (ganz abgesehen von der äusseren Form, die dieses Zusammenleben erhalten wird) ist so gross, dass sie stets betont wurde und auch jetzt schon in der polnischen Presse besprochen wird.

Was die übrigen Nationen, die Litauen bewohnen, anbetrifft, so sind die Weissrussen zu schwach, um selbständig zu werden. Sie können sich aber nur im Vereine mit den Polen zu einer Nation entwickeln, denn dieses wird ihnen dort von den Grossrussen nie zugestanden werden. Die Juden hätten dabei diesen Vorteil, dass sie nicht getrennt von ihren Glaubens- und Stammesgenossen in Polen wären.

Die Vereinigung von Litauen und Kongresspolen würde noch den Vorteil bieten, dass sie die natürliche Expansion der polnischen Nation nach dem Osten wieder ermöglichen könnte, was die in Polen noch existierenden Unterströmungen von Russophilie ersticken müsste, da die Russen den Polen Weissrussland nie verzeihen könnten und immer bestrebt sein werden, diesen „uralten russischen Boden“ zu erobern. Sie würden sich aber an dem rasch emporwachsenden Wall des Polentums und des weissrussischen nationalen Selbstbewusstseins die Köpfe blutig schlagen.

Ein in dieser Weise zusammengestelltes Land (10 Gouvernements des Königreichs Polen und drei Litauens — Grodno, Wilno und Minsk) würde zusammen 19,576,000 Einwohner zählen (wovon 12,776,100 in Polen und 6,799,900 in Litauen). Seine nationale Zusammensetzung wäre folgende:

Polen	10 271 347	oder 52,5 Prozent
Juden	2 769 062	„ 14 „
Deutsche . . .	600 000	„ 3 „
Litauen . . .	686 000	„ 3,5 „
Weissrussen . .	5 000 000	d. i. etwas mehr als 25 Prozent.

Davon entfallen auf Suwalki 341 666 Litauer, auf das Gouvernement Wilno 344 432. Von den Juden bleiben 1 709 267 in Polen, 1 059 795 in Litauen. Die Bodenfläche des Königreichs Polen ist gleich 126 955 Quadratkilometer, die Litauens 171 697, zusammen 298 652 Quadratkilometer d. i. so viel wie Oesterreich ohne Ungarn.

Dr. W. Jodko.

Zur Judenfrage in Polen.

Unter den Spezialfragen, welche das neue Polen zu lösen haben wird, ist die Judenfrage eine der wichtigsten. Die Tragweite dieser Frage wird auch allgemein anerkannt, manchmal sogar mit allzustarkem Nachdruck, nämlich wenn Leute zur Lösung dieses Problems schreiten, die dazu am allerwenigsten berufen sind, da sie nicht einmal die Landessprache und die faktischen Verhältnisse kennen. Es ist auch in der letzten Zeit, besonders in Deutschland, eine ganze Literatur entstanden, die, grösstenteils von jüdischen Nationalisten geleitet, mehr Gehässigkeit als Sachkenntnis aufweist und mehr Verwirrung als Klarheit hervorzurufen vermag.

Wir werden noch auf diese Zustände zurückkommen müssen; einstweilen wollen wir mit Vergnügen einen Umschwung in der Behandlung dieser ungemein komplizierten Frage verzeichnen u. z. sowohl in einem grossen Tageblatte, dessen Haltung in der Judenfrage bis jetzt viel böses Blut gemacht hat, wie auch in der Fach- d. i. jüdischen Presse. Die „Voss Ztg." behandelt die Frage sachgemäss, seitdem sie sich von einem Korrespondenten informieren lässt, der an Ort und Stelle die Zustände studiert und ohne Doktrinarismus der Wirklichkeit ins Auge schaut. In seinem letzten Berichte („Voss. Ztg." vom 12. Oktober, Morgenbl.) skizziert Herr J. B. die ökonomische und einigermassen auch die politische Grundlage des polnisch-jüdischen Gegensatzes. „Seit dem Misslingen des polnischen Aufstandes vom Jahre 1863" lesen wir hier „haben die Polen alle natio-

nale Energie auf die wirtschaftliche Hebung ihres Landes verwandt. Einige Zahlen mögen zeigen, mit welchem Erfolge. Nach der amtlichen Statistik gab es 1880 in Russisch-Polen 9600 industrielle Betriebe mit rund 118 000 Arbeitern und einer Gesamtproduktion im Werte von 171 Millionen Rubel, im Jahre 1904 aber schon 13 200 Betriebe mit 252 000 Arbeitern und 420 Millionen Rubel Produktionswert. Wenn die kulturelle Entwicklung des Volkes damit nicht gleichen Schritt hielt, so soll ohne weiteres zugegeben werden, dass daran die Polen die geringste Schuld trifft. Die kapitalsmässige Beteiligung der Juden an der polnischen Industrie lässt sich statistisch nicht erfassen, mag aber nach zuverlässigen Urteilen mit einem Drittel eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein, was ungefähr der Beteiligung der Juden an der städtischen Bevölkerung mit etwa 40—45 Prozent im Durchschnitt entsprechen dürfte, während die Zahl der jüdischen Industriearbeiter mit etwa 37 000 im Jahre 1904 oder 14,7 Prozent der Gesamtzahl der Arbeiter, ungefähr der Zahl der Juden in der Gesamtbevölkerung Polens entsprach. Die Einwohnerzahl Russisch-Polens betrug nach den Veröffentlichungen des Warschauer Statistischen Büros im Jahre 1907 rund 11½ Millionen, darunter 1655000 Juden oder 14,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Juden, denen auf dem Lande der Erwerb von Grundbesitz verboten war, nur knapp 3 Prozent der Landbevölkerung, dagegen, wie erwähnt, zwei Fünftel der städtischen Bevölkerung ausmachen.

„Die Bemühungen der Polen, sich den ihnen fehlenden Mittelstand zu schaffen, eine polnische Bourgeoisie heranzuziehen, mussten naturlich die Juden und die Deutschen, die in Polen diesen Mittelstand gebildet hatten, in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohen. Während aber die Deutschen, an Zahl verhältnismässig sehr gering, ziemlich rasch polonisiert wurden, hielten die Juden ihre Sonderart aufrecht und entzogen sich durch ihr abgesondertes Leben, ihre aus

Deutschland mitgebrachte Sprache grösstenteils allen polonisierenden Einflüssen, die freilich auch nur zeitweise und nicht sehr freundlich wirksam waren. Dazu kam noch, dass die russische Regierung durch ihre immer rigorosere Judenpolitik einen grossen Teil der in Russland lebenden Juden in den „Ansiedlungs-Rayon“, eben das Königreich Polen und einige angrenzende Gouvernements, hineinzwang und dadurch einen neuen Gegensatz innerhalb der Juden selbst und zwischen Juden und Polen schuf. Diese russischen Juden, die „Litwaki“, wie sie von den Polen verächtlich genannt werden*), die aus den russischen Städten ausgewiesen wurden, kamen seit Anfang der 90er Jahre in grösserer Zahl nach Polen, natürlich ohne Kenntnis der polnischen Sprache, ohne irgend ein Verhältnis zur polnischen Kultur. Sie standen auch weit mehr unter russisch-kulturellem Einfluss als die polnischen Juden jemals unter polnischem Einfluss. Sie trugen keine besondere Tracht, sprachen zumeist russisch und waren mit einem Wort weit mehr dem Russentum assimiliert, als die polnischen Juden dem Polentum. Dass die russische Regierung diesen neuen Zwiespalt gehörig auszunutzen verstand, ist selbstverständlich, und so nahm seit den 90er Jahren der Hass zwischen Polen und Juden immer schärfere Formen an.

„Bei der Wahl zur dritten Duma im Jahre 1911 hatten die Polen in Warschau ein Mitglied der national-demokratischen Partei**) Kucharzewski als Kandidaten aufgestellt, der entsprechend den Traditionen seiner Partei erklärte, er werde in der Duma nicht für die Gleichberechtigung der Juden eintreten können.

*) Der Spottname „Litwak“ wurde von den polnischen Juden, und zwar von den Konservativen, die die Eindringlinge nicht leiden können, eingeführt. — Anm. d. Poln. Bl.

**) Das Gegenteil war der Fall; Kucharzewski hat als Gegner Dmowskis, von sämtlichen polnischen Oppositionsparteien unterstützt kandidiert; war auch kein prinzipieller Gegner der Gleichberechtigung, sondern konnte in den gegebenen polizeilichen Verhältnissen nicht erklären, dass er die russischen und russifizierenden Elemente nicht als polnische Bürger betrachtet. — Anm. d. Poln. Bl.

Ihm gegenüber stand der sozialistische polnische Arbeiterkandidat Jagiello, und den Ausschlag zwischen beiden gaben — dank dem originellen russischen Wahlsystem — zufällig die jüdischen Wahlmänner. Vom Standpunkt praktischer Politik aus hätten damals Polen und Juden sich einigen müssen. Der Doktrinarismus war aber auf beiden Seiten stärker als die Vernunft, und so verhalfen eine Anzahl jüdischer Wahlmänner dem Sozialdemokraten zum Siege. Diesen Schlag konnten die in ihrem Nationalstolz aufs empfindlichste gekränkten Polen nicht überwinden. Warschau von einem Sozialisten, statt von einem Nationalpolen in der Duma vertreten! Erwägt man die vollkommene Bedeutungslosigkeit der Duma, so erscheint der Fall geringfügig. Für die Polen war es aber eine Frage der Repräsentation, und so wurde diese Wahl das Signal zu einem Boykott gegen alles, was jüdisch war. Kein Pole durfte mehr in einem jüdischen Geschäft kaufen, Posten wurden aufgestellt, die die jüdischen Geschäfte beobachteten, alle Polen, die irgendwie noch mit Juden zu tun hatten, wurden öffentlich gebrandmarkt, neue genossenschaftliche Organisationen wurden geschaffen, private Geschäfte unterstützt, um die fehlenden jüdischen Geschäfte zu ersetzen, polnische Aerzte weigerten sich, mit jüdischen Kollegen zusammenzuarbeiten, ja sie lehnten es ab, sogar in dringenden Fällen jüdischen Kranken Hilfe zu leisten.

Man muss den Hitzegrad politischer Kämpfe im Osten kennen, um sich von der Stimmung, die dadurch in Polen geschaffen wurde, eine rechte Vorstellung machen zu können. Vor etwa zwei Wochen begaben sich Vertreter der Warschauer jüdischen Presse zu dem Präsidenten des polnischen Bürgerkomitees, Fürsten Zdzisław Lubomirski, um ihm eine Denkschrift über die Ausschreitungen der Bürgermiliz gegen die Juden zu überreichen. Dabei sagte ein Mitglied der Abordnung zu dem Fürsten: „Meine Familie lebt seit 700 Jahren in Polen, und ich weiss aus ihrer Geschichte, dass die Beziehungen zwischen Polen und Juden niemals so

unerträglich waren wie heute". Fürst Lubomirski, der ein gerechtdenkender Mann ist, und das Beste für die Stadt Warschau und für sein Land ehrlich erstrebt, bestritt diese Behauptung nicht und sagte eine strenge Untersuchung zu.

„Unter der russischen Regierung, der von einsichtigen Polen und Juden an dieser Zuspitzung der Dinge eine nicht unbeträchtliche Schuld gegeben wird, mögen polnische Fanatiker gehofft haben, mit solcher Politik etwas zu erreichen, obwohl das sicher eine arge Verblendung war*). Denn die russische Regierung hat auf allerlei dunklen Wegen die Juden genau so gegen die Polen gehetzt, wie sie umgekehrt die Polen gegen die Juden aufstachelte. Heute, wo alle eingebildeten oder wirklichen russifizierenden Wirkungen der „russischen" Juden ebenso gegenstandslos geworden sind wie die Anlehnungsversuche polnischer Politiker an die russischen Herren des Landes, sollte aber doch eine Einigung auf vernünftiger Grundlage möglich sein. Die Führer der extremen national-demokratischen Partei haben zumeist mit den Russen die Stadt verlassen, und gehören jetzt in Russland zu den eifrigsten Aposteln gegen das Deutschtum und seine „jüdischen Spione". Könnte man nicht jetzt endlich einsehen, dass man nur Werkzeug der russischen Regierung war, als man sich in einen Kampf hineintreiben liess, der die produktiven Kräfte des Landes vielleicht an einer Stelle entfaltete, um sie an hundert anderen um so unheilvoller zu unterbinden?"

Der Korrespondent der „Voss. Ztg." hat vollständig recht und die Angelegenheit wäre leichter zu ordnen, wenn seine Genossen nicht aufreizend, vom Standpunkte des jüdischen Nationalismus, der zum Imperialismus ausartete, in manchen Pressorganen wirken würden. Von polnischem Gesichtspunkte wird nur eine Bedingung

---

*) Es sei hierzu zu bemerken, dass die poln. Unabhängigkeitselemente den Antisemitismus seit jeher verdammen, verteidigen aber den polnischen Charakter des Landes. — Anm. d. Poln. Bl.

gestellt, d. i. das Festhalten am polnischen Charakter des Landes und seiner Hauptstadt. Somit wäre nur eine Reihe von Einzelfragen zu behandeln, unter denen die Schul- und ökonomische Frage die wichtigsten sind.

Denn wenn Herr Prof. Dr. Martin Philippson („Allgemeine Zeitung des Judentums“ No. 41) Reformen für die Juden, in erster Reihe völlige Gleichberechtigung verlangt, weiss er ja als Historiker, dass in Polen Gleichberechtigung bereits herrscht; u. z. wurde sie von einem Polen eingeführt, womit der beste Beweis geliefert wird, dass die Polen weit davon entfernt sind, „die Juden im Stande der Parias zu erhalten“; eher wünschen es manche Juden selber, indem sie die Jargonisierung des jüdischen Schulwesens verlangen. Die fortschrittlichen Polen sträuben sich dagegen, und somit wird wiederum der Beweis geliefert, dass es ihnen nicht darauf ankommt, die Juden „von der nationalen Kultur auszuschliessen, um ihnen jeden Einfluss auf das soziale, wirtschaftliche und intellektuelle Leben des Volkes zu benehmen“. Auch hier ist das Gegenteil richtig: durch Besuch der polnischen Schule würde der jüdischen Jugend die Einflussnahme auf das Leben des Volkes ermöglicht — gegen die polnische Vortragssprache agitieren aber die jüdischen Nationalisten. Uebrigens, was das Ausschliessen der Juden aus dem Leben des Volkes, gegenwärtig und in der Vergangenheit, anbetrifft, wäre zu empfehlen, dass Herr Prof. Dr. Philippson sich darüber bei seinem Fachkollegen, Herrn Dr. Szymon Askenazy, informieren möchte, den sein Judentum nicht hinderte, Geschichtsprofessor an der Lemberger Universität zu werden. Schliesslich lesen wir mit Verwunderung, dass „die Distrikte Litauens . . . bei dem Friedensschlusse wahrscheinlich an Russland zurückgegeben werden“. Cui bono das geschrieben und suggeriert wird, ist wirklich nicht leicht zu begreifen. Doch nicht um zum Schluss zu gelangen, dass in den neuen Schulen Litauens, der Unterricht in russischer, als „ausschliesslicher Landessprache“ zu erteilen sei. . . Die Russen bilden in Litauen gegen 12 % der Bevöl-

kerung; das ist wahrlich kein Grund, ihnen das Schulwesen, desto weniger das Land auszuliefern. Ebensowenig überzeugend sind die Behauptungen des geehrten Verfassers betreffs Polens; wenn er schreibt: „im nördlichen Polen, zumal in den grösseren Städten, gibt es ein starkes deutsches Element“ — „im nördlichen Polen könnten die Schulen also einen deutschen Charakter annehmen. Verschieden davon ist die Lage im mittleren und südlichen Polen“ etc. — So müssen wir feststellen, dass gerade das Gegenteil richtig ist: den grössten Prozentsatz Deutscher besitzt das Gouv. Piotrków (Petrikau), welches bekanntlich nicht im nördlichen Landesteile liegt. Das Land muss als Ganzes behandelt werden und in diesem ist das Polnische durchaus massgebend. Das soll die nationale Autonomie der Deutschen nicht ausschliessen; aber Herr Prof. Philippson ist ja vom ehrlichen Willen beseelt, die Juden so zu erziehen, dass sie nicht zu nationalen Feinden der ungeheueren Mehrheit des polnischen Volkes gestempelt werden; die Unterrichtssprache muss also entsprechend reguliert werden.

Um jede Zweideutigkeit zu vermeiden, wollen wir noch hinzufügen, dass für die Gleichberechtigung der polnischen Juden und für Aufhebung der partiellen, von den Russen eingeführten Beschränkungen, sämtliche massgebenden polnischen Parteien eintreten.

Brief aus Warschau.

Warschau, den 12. Oktober 1915.

„Aus der Residenzstadt Warschau“ — soll eigentlich am Titel gesagt werden; am 21. September hat unsere Stadtverwaltung beschlossen, die Warschau gebührende, von den Russen unterdrückte Benennung: Residenzstadt zu erneuern. Aus der Residenzstadt Warschau ist also in erster Reihe zu berichten, dass sie — wie schon meine Einleitung hinweist — sich er-

neuert, indem sie zum alten zurückkehrt, d. i. zu ihrem polnischen Stempel, zu ihrem nationalen Charakter. Die Spuren der Russenherrschaft werden wie ein schmutziges Kleid weggeräumt. In der ganzen Stadt gibt es kein einziges russisches Schild mehr. Es wurden Schritte eingeleitet, um dem wunderschönen Staszyc-Palais, wo einst der „Verein der Freunde der Wissenschaften“ seiner Gelehrtenarbeit oblag und das die Russen durch eine hässliche byzantinische Fassade — Byzantinismus als Hintergrund für das Kopernikus-Denkmal von Thorwaldsen! — verunstaltet hatten, seine ursprüngliche edle Gestalt wiederzugeben. Die öffentliche Meinung verlangt ferner, dass die hässlichen Denkmäler eines Paskewicz und der „zarentreuen Polen“ niedergerissen werden; eine Zeitungsstimme erklärte sich für Konservierung derselben aus . . . pädagogischen Gründen, aber wir möchten uns schön dafür bedanken; das „Abschreckungssystem“ gilt heute auch für kleine Kinder nicht mehr; ein besseres Symbol wäre es doch, wenn die zwei Schanddenkmäler in den Krupp'schen Werken zu Kanonen gegen die Russen umgeschmolzen würden; nach ihnen soll die Reihe an die Kuppeln der orthodoxen Kirche am Plac Saski kommen.

Gleichzeitig treten unsere nationalen Heiligtümer und längst verborgenen Kulturschätze hervor. In den Theatern werden dichterische Meisterwerke aufgeführt, die bis nun „illegal“ waren: „Die Hochzeit“, „Das Lied von 1831“ von Wyspiański, „Pater Marek“ und „Horsztyński“ von Słowacki, „Die Konföderaten von Bar“ Mickiewicz's, und populäre Stücke, wie „Kościuszko bei Racławice“ von Anczyc, vaterländische Rührstücke von Staszczyk, Wiśniowski, Urbański etc. Generationen, in der Sklaverei geboren, lauschen atemlos den herrlichen Versen grosser Dichter, finden in ihnen den Ausdruck des eigenen Geisteslebens, der geheimsten Träume und Hoffnungen. Die patriotischen Gefühle grüssen ehrerbietigst das Andenken längst verstorbener oder noch überlebender Kämpfer für Polens Freiheit. Nach der

Ehrung des bei Erstürmung Warschaus im Jahre 1831 gefallenen Generals Sowiński, haben wir vorgestern die fünf Opfer vom 2. März 1861 durch ein bescheidenes Denkmal geehrt. In der nächsten Zeit erhält ein Grabdenkmal Jan Kiliński, der heldenmütige Schuster, der 1794 die Russen aus Warschau — während des Kościuszko-Aufstandes — verjagte. Bis nun war es verboten, alle diese Grabstätten mit einem Gedenkstein oder einer Blume zu ehren. Gleichzeitig wird für die Lebenden gesorgt; es wird für die Veteranen von 1863 — unter denen viele der Armut anheimfielen — gesammelt; in der nächsten Zeit wird ein Verband dieser ehrwürdigen Greise gegründet werden.

Aber nicht der Vergangenheit leben wir, sondern der Zukunft. Somit bleibt für uns einstweilen die Schulfrage der vitalste Punkt unserer positiven Arbeit. Die polnische Universität und das Polytechnikum werden mit aller Sicherheit anfangs November eröffnet werden. Der Eröffnungstag wird in unserer Kulturgeschichte ein denkwürdiges Datum bedeuten. Warschau hatte seine glänzende Universität bis 1832; von Nikolaus I wurde sie geschlossen. Wielopolski hat sie als „Hauptschule“ 1862 eröffnet, im Jahre 1869 wurde sie total russifiziert. Während des Zarenbesuches 1897 wurde eine Million Rubel aus freiwilligen Gaben gesammelt. die Nikolaus II anzunehmen und für eine technische Hochschule zu bestimmen geruhte. Die für polnisches Geld gegründete Anstalt wurde zum Werkzeuge der Russifizierung. Seit 1905 werden deswegen beide Hochschulen boykottiert, kein anständiger polnischer Jüngling wagte, sie zu besuchen. Nun werden sie ihrer wissenschaftlichen und nationalen Bestimmung aufs Neue zugeführt. Es sollen zunächst die ersten Jahrgänge eröffnet werden, und zwar 1. an der Universität a) die juridische, b) die philosophische (aus einer philosophischen, historischen und philologischen Abteilung bestehend), c) die matematisch-naturwissenschaftliche und d) die medizinische Fakultät; (die Eröffnung der

theologischen Fakultät wird später erfolgen); 2. am Polytechnikum: je eine Fakultät für a) Ingenieure, b) Agrikulturtechniker, c) Elektrotechniker, d) Chemiker. Die Lehrkörper für beide Anstalten sind schon fast komplett, fast ausschiesslich aus der Mitte von Warschauer Gelehrten, die bis jetzt — unter russischem System — kein Betätigungsgebiet für sich hatten.

Gleichzeitig wird eifrig für das elementare Schulwesen gewirkt. Das Budget für dasselbe pro 1915-1916 beträgt 1 048 252 Rubel; für Kinderhorte wurden ausserdem 38 710 Rubel bestimmt. Für Mittel- und Fachschulen, ferner für Analphabetenkurse und Bibliotheken wurde eine halbe Million Rubel bewilligt. Das ist vielleicht nicht viel im Vergleich zu unseren Bedürfnissen — die beträchtlichere Summen erheischen, aber was das für einen Fortschritt im Vergleiche mit der Russenzeit bedeutet, das wird nur derjenige verstehen, der sich vergegenwärtigt, dass damals für die Polizei mehr verausgabt wurde, als für Schulzwecke, während uns jetzt der Sicherheitsdienst nichts kostet, da die Bürgermiliz bis nun ihre verantwortungsschwere Pflicht unentgeltlich erfüllt.

Es ist aber nicht leicht, Budgetfragen zu erledigen in einer Zeit, wo die Stadtkassen leer sind und auf den Strassen der Hunger lauert.

Der hiesige Verein der Industiellen hat am 25. September dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift eingereicht, in der berechnet wird, dass die Arbeiterzahl in Polen beträgt:

a) in den Fabriken und Bergwerksbetrieben	350 000	Köpfe
b) im Baugewerbe	60 000	„
c) im Kleingewerbe und Handwerk	590 000	„
Zusammen	1 000 000	Köpfe

samt Familien 3000000; sollte auch ein Teil nach Deutschland auswandern — wogegen der Arbeiter sich sträubt — so werden doch immer Millionen Hungernder bleiben. Private Rettungstätigkeit und die vom Industriellenvereine vorgeschlagene Selbstbesteuerung zugunsten der Arbeitslosen werden nur teilweise imstande sein, das Elend zu lindern. Nur wenn die Arbeitsstätten wieder in Betrieb gesetzt werden, werden wir von einer Katastrophe verschont bleiben, die die nachteiligsten Folgen nach sich ziehen müsste. Die Eingabe der Industriellen gibt auch der Hoffnung Ausdruck, dass das Gouvernement ihre Bitte baldmöglichst berücksichtigen werde.

Die andere Sorge ist die Organisation der Zufuhr von Lebensmitteln und Kohlen. Hier, an Ort und Stelle, wird schon der Verschleiss organisiert werden; hat doch bei uns die Lebensmittelabteilung des Bürgerkomitees 65 Läden für Brotverkauf errichtet, mit täglich gegen 500 bis 1200 zweipfündigen Broten — zusammen 450000 Pfund; diese Zahl muss vergrössert werden, aber dazu gehört eine unmittelbare Verbindung mit den Ursprungsstellen.

Dies alles führt uns in den Bereich unserer Hoffnungen auf einem anderen Gebiete. Wir erhoffen bald einen Ausbau aller Stufen unseres autonomen Lebens -- schon im Interesse der Erhaltung, bezw. des Wiederaufbaues unserer Existenz. Jeder Tag liefert Beweise, dass es uns an geistigen Kräften nicht fehlt; eine neue, bessere Form als diejenige, die wir endlich losgeworden sind, ist unser dringendes Bedürfnis. Andererseits besprechen unsere Zeitungen eifrig die Frage der Schaffung eines Nationalrates.

Varsoviensis.

Pressestimmen.

I. Aus der deutschen Presse.

Das neue Deutschland. Wochenschrift für konservativen Fortschritt. No. I—IV 1915.

Unter dem Titel „Polen“ veröffentlicht der Herausgeber, Herr Dr. Adolf Grabowsky, einen längeren Autsatz, der — augenscheinlich auf Autopsie gestützt — viele feine Bemerkungen enthält, aber auch verschiedene Widersprüche und Halbheiten, die niemanden befriedigen können. Sehr stimmungsvoll schildert der Verfasser den Charakter des Landes; zu den inneren Zuständen übergehend, bespricht er ausführlicher die Judenfrage. „Der deutsche Zionist ist schliesslich bei allem nationaljüdischen Empfinden mit der grossen deutschen Kunst und Wissenschaft aufgewachsen, und er betont das auch in der Regel nachdrücklich. Wenn der deutsche Zionismus sich mit seiner Besiedelungstätigkeit in Palästina als Vorposten deutscher Kultur im Orient fühlt, so hat das mehr als eine Spur von Berechtigung. Die deutschen Zionisten mögen sich daneben noch als Glieder einer erträumten jüdischen Kulturgemeinschaft fühlen; dies geht das Deutschtum nichts an, solange sie nur ihre Pflicht gegen die deutsche Kultur erfüllen. Die Masse der Ostjuden aber — und hier liegt der massgebende Punkt — lebt e i n z i g u n d a l l e i n in der jüdischen Kulturgemeinschaft.“ Noch tiefer muss man eindringen: die Masse der Ostjuden steht den Interessen des Landes, als historischer Individualität, grösstenteils indifferent gegenüber. Was für Abhilfe schlägt Herr Dr. Grabowsky vor? „Dass — mindestens für eine gewisse Zeit — bei irgendwelcher Verbindung Russisch-Polens mit Deutschland Einwanderungsbeschränkungen gegen die Ostjuden stattfinden müssen. Dafür aber müssen wir uns der Ostjuden nach Kräften annehmen, müssen vor allem versuchen, sie mit der polnischen Scholle in Verbindung zu bringen. Hat der Jude des Ostens im Deutschen seinen Helfer, so werden auch die Assimilationsjuden sich vom Polentum fortwenden und an das Deutschtum halten; denn es ist ganz natürlich, dass sie sich dann nicht den Schwächeren assimilieren, den Polen, sondern den Stärkeren und Herrschenden, den Deutschen. Und doch ist davor zu warnen, dass wir uns etwa ausschliesslich im Osten an die Juden ketten. Für das vorrückende Heer liegt die Neigung dazu sehr nahe; denn mit dem Juden ist sprachliche und, da er schnell seine Dienste anbietet, auch geschäftliche Verständigung möglich. Der Pole steht hierbei schon seiner Unkenntnis des Deutschen wegen abseits. Dennoch ist der Pole wichtiger als der Jude, weil er der Herrenmensch ist im Vergleich zum Juden.“ Also: Einwanderungsbeschränkungen vom deutschen

Standpunkte: somit Misstrauen bei den polnischen Juden; „wir müssen uns der Ostjuden nach Kräften annehmen“, damit auch die Assimilationsjuden sich vom Polentum fortwenden: somit Misstrauen bei den Polen. Dazu Anerkennung des polnischen Charakters des Landes und der Herrenrolle der Polen. Mit solchen Widersprüchen lässt sich schwerlich praktische Politik machen.

Prinzipiell ist ja die Stellung des Verfassers für das Polenland wohlwollend. „Man ist — schreibt er verständnisvoll — auf deutscher Seite leicht geneigt, alle Hoffnungen auf das Polentum fahren zu lassen. Die frostige Stimmung, die uns überall aus polnischer Mitte entgegenschlägt, ist ja mit Händen zu greifen. Aber es ist sehr naiv, dass man etwas anderes überhaupt erwartet hat. Man hat die Klugheit russischer Politik stark unterschätzt, wenn man glaubte, sie hätte nicht mit allen Mitteln unsere deutsche Polenpolitik bei den Polen verächtlich gemacht. Jetzt rächt sich unsere Auffassung der Polenfrage als einer grundsätzlich innerpolitischen Angelegenheit. Zu rechter Zeit haben wir noch immer den Anschluss an die grosse Politik gefunden. Durch die Rede des Reichskanzlers auf der Augusttagung des Reichstags ist das in der Polenfrage geschehen. Wir haben eingesehen, dass — um den Worten des Kanzlers zu folgen — die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt geschafft werden müssen Wir haben erkannt, dass die Gestaltung einer glücklichen Zukunft Polens, einer Zukunft, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann, eine Aufgabe ist, die uns zukommt — ebenso um Polens willen als um unserer selbst willen Denn ein Polen, dass von uns entwickelt wird, ist ein natürliches Bollwerk gegen Russland. Diese Tatsache wird am besten durch ein Witzwort beleuchtet, das der preussische Pole Constantin Ritter von Gilwicki in einer noch vor dem Kriege erschienenen, recht verständnisvollen Broschüre „Preussische Polenpolitik und deutsche Weltpolitik“ mitteilt. In den siebziger Jahren soll Gortschakow im Moment einer Aufwallung zu Andrassy bissig gesagt haben: „Der Weg nach Konstantinopel führt über Wien“, worauf Andrassy parierte: „und der nach Petersburg über Warschau“.

* * *

„Neue Gefahren in Polen“ erblickt die **Germania** vom 12. und 13. Oktober in einem „von besonderer polnischer Seite“ stammenden Artikel, dessen Ausgangspunkt die Gährung in Lodz ist. „Einige meinen, dass die deutschen Behörden in Polen im Irrtum seien, wenn sie die in Frage stehende Agitation als von den radikal-polnischen und revolutionären Elementen herrührend beurteilen: es handle sich um eine rein soziale Bewegung, die dadurch hervorgerufen sei, dass die blühende polnische Industrie — infolge des Krieges und aller mit demselben verbundenen Umwälzungen und Umständen —

eine schwere Krisis durchmacht, deren sehr ernste Konsequenz eine weitverbreitete Arbeitslosigkeit unter der Fabrikbevölkerung sein musste. Da ausserdem seit dem Rückzug der Russen aus Polen eine grosse Teuerung der notwendigsten Lebensmittel allgemein herrscht, hat das den Fabrikarbeitern drohende Elend eine starke Gährung unter denselben hervorgerufen, die schwerlich aufhören wird, bevor die massgebenden Faktoren zu einer energischen Sanierung der traurigen ökonomischen Lage im Lande schreiten. Andere Berichterstatter vertreten die Meinung, es handle sich in der Tat um eine revolutionäre Agitation, die von den Feinden Deutschlands, mit Hilfe der leider nicht fehlenden polnischen radikalen und antisozialen Elemente, hervorgerufen sei. Zweck dieser unwürdigen Arbeit — die insbesondere Russland und England erwünscht sei — wäre, durch Herbeiführung ernster Unruhen die Regierung zu blutigen Repressalien zu zwingen, damit polnisches Blut fliesse, und alle Feinde Deutschlands dann mit Triumph vor der ganzen Welt über die „deutsche Barbarerei“ zu schreien imstande seien.“

Wir können versichern, dass die pseudo-revolutionären Umtriebe mit den radikal-polnischen Elementen, d. i. mit den Anhängern der Unabhängigkeitsrichtung nichts zu schaffen haben. Von einer Partei, die auf das Programm „des reinen Klassenkampfes“ und des Pazifismus — welcher gegenwärtig nur russischem Zwecke nützlich ist — schwört, wurden in Lodz Aufrufe verteilt, aber so wenig beachtet, dass die Einwohner auf sie erst durch die Kundmachungen aufmerksam gemacht wurden.

Ernst ist diese Bewegung nicht zu nennen; ernst ist aber ihre soziale Unterlage, nämlich der ökonomische Zustand der grössten Industriestadt Polens. Die Handelszeitung des „Leipziger Tageblattes“ vom 10. Oktober berichtet: „Im Augenblick liegen die Dinge in Lodz ziemlich trostlos. Die dortige Industrie hatte bis Beginn der Feindseligkeiten ihr Hauptabsatzgebiet nach dem Inneren Russlands. Als nun infolge der Kriegserklärung der Rubelkurs stürzte, traten hieran die ersten grossen Verluste ein, die sich auf 20 bis 30 Prozent beliefen für die Firmen, die direkt lieferten. Wer aber mit Kommissionären arbeitete, büsste an ihnen nicht weniger ein, da diese schaarenweise in Verfall gerieten. Verschlimmert wurde zunächst die Lage dadurch, dass sich die Fabriken, die weitaus zum grössten Teil stillgelegt werden mussten, infolge der Tätigkeit (?) der Narodowa Demokracja gezwungen sahen, bis zu 75 Prozent der Löhne weiter zu zahlen“. „Mit dem Vordringen der deutschen Truppen erfolgte die Schliessung der Bankkassen, und nun musste man zum Letzten greifen und seine Zuflucht zum Bestand an Wertpapieren nehmen, die naturgemäss nur unter enormen Verlusten abgestossen werden konnten. Um nun den Wermutkelch bis auf die bittere Neige zu leeren, sah sich die Industrie gezwungen, die kommunalen

Bedürfnisse zu befriedigen. Es wurden Geldzettel ausgegeben, und für deren Einlösung mussten die Grossindustriellen die Garantie übernehmen. Solches Elend fanden die Deutschen vor, und fürs erste liess sich die Lage natürlich nicht bessern. Vielmehr war die deutsche Zivilverwaltung nicht in der Lage, den stillliegenden Fabriken alle Montageteile zu belassen. Vielfach war Requirierung und Demontierung unumgänglich. Wolle und Baumwolle verfielen der Beschlagnahme, wobei die Besitzer nach ihrer Angabe geldlichen Schaden erlitten. Jedenfalls bestanden die Fabriken schliesslich nur aus leeren Wänden. Dass unter solchen Verhältnissen die Industrie nur in eine trübe Zukunft blickt, ist begreiflich und man wird es daher verstehen, dass die pessimistische Beurteilung weit überwiegt." Hoffen wir, dass die deutsche Verwaltung alles tun wird, um den beunruhigenden Zuständen abzuhelfen.

* * *

Für die österreichisch-ungarische Monarchie wurde — zum Zeichen der Reichseinheit im Sinne der Pragmatischen Sanktion — ein neues Reichswappen eingeführt. Daran knüpfen manche Zeitungen die Bemerkung, „dass dem Gedanken eines mit grösserer Selbständigkeit ausgestatteten Gross-Galiziens eine Absage erteilt werde". Die „Post" schreibt dazu:

„Es scheint daher durch die Auslegungen, welche dem einheitlichen Staate Oesterreich in dem neuen Handschreiben gegeben sind, keineswegs ausgeschlossen, dass dieser Staat Oesterreich nicht blos aus den im Reichsrat vereinigten Ländern, sondern auch aus anderen Landesteilen sich zusammensetzen kann. Wenn daher durch die neue Ordnung der Dinge (d. h. dies neue Wappen, Red. d. Bl.) die Zweigliederung der Gesamtmonarchie nochmals scharf bestätigt und jeder Gedanke an die Dreigliederung ausgeschlossen wird, so bleibt doch wohl noch die Möglichkeit offen, die polnischen Landesteile unter Ausschliessung aus dem Reichsrate zu einer gewissen Selbständigkeit auszugestalten. Bei der Bedeutung, welche die künftige Regelung des polnischen Problems auch für uns naturgemäss besitzt, erscheint es nicht unangebracht, auch diese Seite der neuen österreichisch-ungarischen Anordnungen nicht ausser Auge zu lassen."

NOTIZEN.

Die unfreiwilligen polnischen Flüchtlinge. Sämtliche Gouvernements in Russland sind mit Massen von Flüchtlingen, eigentlich

Verbannten, überfüllt, deren Zahl vom Fürsten Urussow mit 7 (?) Millionen Seelen beziffert wird. Obwohl sich hie und da ein Komitee zur Versorgung dieser Flüchtlinge gebildet, und die russische Regierung für diese Zwecke 25 Millionen Rubel bestimmt hat, sind die Leiden der Flüchtlinge nicht zu beschreiben. In den Birshew. Wied. berichtet Nizinski, der Delegat des „Zentralverbandes für den Schutz slavischer Kriegsgefangenen“ hierüber wie folgt: „Indem ich meine Mission bezüglich der slavischen Kriegsgefangenen zu Ende führe, möchte ich schon meine Rückkehr nach Petersburg erleben, um von den Schrecknissen, die ich paar mal täglich auf den Bahnhöfen beim Eintreffen der Flüchtlingszüge als Augenzeuge gesehen habe, berichten, ja ausschreien zu können! Flüchtlinge werden zusammen mit Kriegsgefangenen in Viehwaggons transportiert. Auf den Bahnstationen ist nur Wasser vorbereitet. Es wird überhaupt nur einmal täglich Essen verabreicht und dies sehr kärglich. In den Fensterchen der für Vieh- und Warentransporte eingerichteten Wagen sieht man nackte Körper, kranke, schmutzige, von Läusen geplagte und ausgehungerte Menschen; das Weinen hungriger Kinder, das Schreien kranker, nervöser und ausgehungerter Leute, die noch gestern wohlhabend waren, ihr ganzes Vermögen verbrennen mussten und jetzt des Hungers sterben — all diese Greuel und Tragödien lassen sich nicht beschreiben!“

Nach Berichten der russischen Gouverneure befinden sich: im Jekaterinoslawer Gouvernement 112000 Flüchtlinge, im Gouv. Minsk 50000, Astrachan 37000, Kaluga 83000, Samara 52000, Erivan 120000. Ins Gouvernement Minsk wandern gegenwärtig gegen 300000 neue Verbannte, durchs Gouvernement Tula sind über 150000 emigriert.

Konferenzen polnischer Politiker. Während in Warschau mehrere Führer der polnisch-galizischen Parteien eine Verständigung mit den dortigen Landsleuten anbahnten, fanden in Krakau Konferenzen der antirussischen Politiker aus Warschau mit den Vertretern des Obersten polnischen Nationalkomitees statt. Es waren aus Warschau eingetroffen: Der Präsident des Warschauer Bodenkreditvereines Stanisłaus v. Libicki, der Obmann des Journalisten- und Schriftstellervereines im Königreich Polen Historiker Artur Śliwiński, der Chefredakteur des „Tygodnik Polski“ Gustav Simon, der hervorragende Schriftsteller Boleslaus Lutomski und andere.

Der Obmann des Obersten polnischen Nationalkomitees, Abgeordneter Leopold Ritter v. Jaworski, erklärte in seiner Ansprache u. a. Folgendes:

Mit einem ungewöhnlichen Gefühle der Genugtuung und Freude — sagte er — heissen wir unsere Warschauer Gäste willkommen, die zum erstenmal nach Beseitigung der Grenzpfähle und nach Sprengung der jede freie Bewegung hemmenden Fesseln hieher

gekommen sind, um sich mit uns über das Zukunftsprogramm zu beraten. In dem bedeutungsvollen Jahre, das wir durchlebt haben, ist dies einer der schönsten Tage, an dem es uns gegönnt wurde, eine gemeinsame Beratung abzuhalten. Ich begrüsse Sie, meine Herren, als „Gäste". Diese Bezeichnung dürfte wohl fortan unzutreffend sein. Die Verhältnisse, unter denen wir und Sie, meine Herren, bisher lebten, waren ungleichartig. Ihre den dortigen Verhältnissen angepassten Einrichtungen stimmten mit den bei uns bestehenden nicht überein. Nunmehr ist eine Ausgleichung der betreffenden Unterschiede erforderlich. In den Verhandlungen über unser Gemeinwohl müssen unsere Stimmen dasselbe Gewicht und dieselbe Bedeutung in Warschau haben wie Ihre Stimmen in Krakau. In anderer Weise kann unser beiderseitiges Verhältnis unmöglich aufgefasst werden. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, müssen und werden wir zum Ziele gelangen und in dem entscheidungsvollen Moment den einheitlichen Willen unserer Nation zu erkennen geben. Wir werden aber nicht unsere Ideale, die bekannt und allen gemeinsam sind, sondern unsere politische Richtung zu offenbaren haben.

Eine Ehrung für den General Sowiński. Am 5. Semptember 1831 fiel bei der Verteidigung Warschaus vor den stürmenden Soldaten Passkiewicz's der General des polnischen Heeres Josef Sowiński. Am 5. September 1915 — am Todestage des gefallenen Helden — strömte die patriotische Bevölkerung der von den Moskowitern befreiten Hauptstadt zum Friedhof in Wola. An der Stelle, wo Sowiński am Stadtwall den Tod fand, wurde von der Warschauer Patriotenvereinigung ein bescheidenes Kreuz angebracht. In zündenden Worten gedachte der Sekretär des P. N.-K. Michael Sokolnicki der leuchtenden Getalt des im Kampfe mit der Uebermacht gefallenen Führers. Das Grab wurde mit Kränzen bedeckt, die im Namen der Legionäre, des Militärdepartements der P. N.-K. und der patriotischen Vereinigung niedergelegt wurden. In gehobener Stimmung wurde schliesslich das polnische Nationallied „Boże coś Polskę" abgesungen.

Für polnische Unterrichtszwecke. Die „Deutsche Warschauer Zeitung" bringt die Mitteilung, dass es die Kaiserlich Deutsche Verwaltung übernommen hat, die früher aus staatlichen Mitteln gezahlten Zuschüsse zu den Kosten des Unterrichtswesens in Warschau insbesondere zu den Lehrergehältern zu zahlen.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.

Inhalt der bis nun erschienenen Hefte der „Polnischen Blätter“:

Nr. 1 vom 1. Oktober 1915:

1. Das neue Europa. — 2. Prof. Dr. W. L. v. Jaworski, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses u. des galizischen Landtags, Präsident des Obersten Polnischen Nationalkomitees: Unsere Aufgaben. — 3. K. v. Srokowski, Mitglied des galiz. Landtags: Zur deutsch-polnischen Verständigung. — 4. Dr. A. Brückner, o. Professor an der Universität Berlin: Wie war Polen gross geworden. — 5. Varsoviensis: Brief aus Warschau. — 6. Pressestimmen. — 7. Aus dem Leben der polnischen Legionen — 8. Vom Büchertisch. — 9. Notizen.

Nr. 2 vom 10. Oktober 1915.

1. Politische Reife. — 2. Hans Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens. — 3. Adalbert v. Kossak: Aus dem Leben der polnischen Legionen. — 4. Dr. A. Brückner, Professor an der Universität Berlin: Was erwartet Russland vom Kriege? — 5 Dr. W. B: Zur Statistik Polens. — 6. Pressestimmen. — 7. Vom Büchertisch. — 8. Notizen.

Nr. 3 vom 20. Oktober 1915.

1. Das Beispiel Bulgariens. — 2. Prof. Dr. Gustav von Schmoller: Deutsche und Polen. — 3. Oesterreichisches Verwaltungsgebiet. — 4. Dr. Witold Jodko: Litauen und Polen. — 5. Zur Judenfrage in Polen. — 6. Varsoviensis: Brief aus Warschau. — 7. Pressestimmen. — 8. Notizen.

Nr. 4 vom 1. November 1915:

1. Preussen und Polen. — 2. Dr. Jan Hirschler, Professor a. d. Univers. Lemberg: Zur Wiedereröffnung der polnischen Universität in Warschau. — 3. Dr. Ludwik Janowski, Prof. a. d. Jagellonischen Univers. Krakau: Wilno. — 4. Deutscher Aufruf in Wilno. — 5. Ein polnischer Duma-Abgeordneter über Russland. — 6. Aus dem österreichischen Verwaltungsgebiete: Korrespondenz aus Lublin. — 7. Pressestimmen. — 8. Vom Büchertisch. — 9. Notizen.

Nr. 5 vom 10. November 1915:

1. Der Glaube an Russland. — 2. Dr. A. von Guttry. Die Polen als Vorkämpfer der slavischen Freiheit. — 3. Dr. Witold Jodko: Sind die Polen gespalten? — 4. Fr. Morski: Aus der polnischen Martyrologie. — 5. Varsoviensis: Brief aus Warschau. — 6. Pressestimmen — 7. Vom Büchertisch. — 8. Notizen.

Nr. 6 vom 20. November 1915:

1. Prof. Dr. Wł. L. v. Jaworski, Obmann des Polnischen Nationalkomitees: Deutsche und Polen. — 2. Dr. A. Brückner, Professor an der Universität Berlin: Ein Kapitel aus Polens Kulturarbeit. — 3. Stanisław A. Kempner, Chefredakteur der „Nowa Gazeta“, Warschau: Polen ohne Russland in wirtschaftlicher Beziehung. — 4. Fr. Morski: Aus dem österreichischen Okkupationsgebiet. — 5. Zur Eröffnung der polnischen Hochschulen in Warschau. — 6. Dr. S. P.: Zur Statistik Litauens und Weissrusslands. — 7. Vom Büchertisch. — 8. Notizen.

Verlag von Karl Curtius, Berlin W. 35.

Schriften von W. Feldman

in deutscher Sprache:

1. Zur Lösung der polnischen Frage. Offener Brief an Herrn Georg Cleinow, Herausgeber der »Grenzboten«, und Herrn Maximilian Harden, Herausgeber der »Zukunft«. Zweite Auflage. Preis **60 Pf.**

2. Deutschland, Polen und die russische Gefahr. Mit einem Vorwort von Dr. Alexander Brückner, o. Professor an der Universität Berlin. Preis **M. 1,50**

„Vielleicht die hervorragendste Veröffentlichung aus dem polnischen Lager, die das Gegenteil (zu den englisch-russophilen Publikationen) beweist, ist »Deutschland, Polen und die russische Gefahr« von W. Feldman".

Dr. Daniels, **„Preussische Jahrbücher"** Band CLX S 160.

(Das Feldman'sche Buch) „soll . . allen, die sich über die polnische Frage, im Zusammenhange mit dem Kriege gegen Russland, unterrichten wollen, als eine gehaltvolle und ergiebige Quelle empfohlen werden".

Dr. Paul Harms, **„Berliner Tageblatt"** Nr. 344/1915.

„Ein Mann hat dies Buch geschrieben, der Russland kennt, weil er sein Leben mit ihm verbracht hat, und weil er auf einem Boden erwuchs, wo alles Denken und Fühlen in Beziehungen zu diesem Reich gebracht ist" . . . „Ueberzeugend und deutlich (ist) die russische Gefahr für Westeuropa mit meisterhafter Schärfe dargestellt" . . .

St. Broede, »Der Panther«, August 1915.

Neuerscheinungen

zur polnischen Frage:

Belarius, Das polnische Problem. Ein Mahnwort an das deutsche Volk. . . . . . . Preis 40 Pf.

Zofia Daszyńska-Golińska, Die wirtschaftliche und politische Lage Polens bei Ausbruch des Krieges.

Wł. Gisbert Studnicki, Die Umgestaltung Mittel-Europas durch den gegenwärtigen Krieg . . 1,— M.

Ladislas Studnicki, Raison d'Etat de la Roumanie et la Cause Polonaise . . . . . 1,— M.

Prof. Dr. M. Straszewski, Die polnische Frage 1,20 M.

Dr. Mieczysław Szerer, Studien zur Bevölkerungslehre Polens . . . . 50 Pf.

Leon Wasilewski, Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Weissrussland 50 Pf.

Leon Wasilewski, Die Judenfrage in Kongress-Polen. Ihre Schwierigkeiten und ihre Lösung. . 50 Pf.